

MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND „FINANZIELLE TRANSPARENZ BEI WAHLEN“

VOM 28. SEPTEMBER 2007

Die Alternative Fraktion hat am 28. September 2007 folgende **Motion** eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) mit folgendem Inhalt vorzulegen: Die Parteien sind verpflichtet, Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel bei Wahlen zu geben. Als Minimallösung sollen die Einnahmen in folgende Kategorien aufgeschlüsselt werden: Mitgliederbeiträge, Spenden von Privatpersonen, Spenden von Unternehmen, sonstige Einnahmen. Zudem sind Spenden, die einen bestimmten Betrag (beispielsweise 10 000 Franken) übersteigen, separat auszuweisen.

Begründung:

Wahlbroschüren und -empfehlungen sowie Unterschriftenbögen in alle Haushalte, riesige Inseratekampagnen, Prospekte zum Verteilen, Plakate an allen möglichen und unmöglichen Orten, mehr oder weniger nützliche Werbegeschenke (Give-aways) – man merkt, es ist Wahlkampf. Und viele Zugerinnen und Zuger fragen sich angesichts dieses riesigen Wahlaufwandes, wer dies alles bezahlt und wer die anonymen Spender und Spenderinnen im Hintergrund sind.

In der Demokratie sollen die Wählenden in vollem Wissen über alle Aspekte ihre Entscheidung fällen können. Zu dieser Transparenz gehören die volle Information über die zur Wahl stehenden Personen und die entsprechenden Ideen und Programme. Für Beides sorgen die Parteien sowie die Kandidatinnen und Kandidaten im eigenen Interesse schon selber. Im Sinne einer grösstmöglichen Transparenz ist es auch richtig, wenn die Parteien ihre Finanzquellen offen legen. Interessenbindungen und Interessenverknüpfungen gehören in die Öffentlichkeit. Denn es ist klar, wer sehr viel Geld in die Kampagne von Parteien und Personen steckt, erwartet auch, dass die Gewählten später dann zum Beispiel die Interessen und Positionen ihrer „Sponsoren“ vertreten.

Gemäss einer neuen Umfrage der Westschweizer Zeitschrift „l'Hebdo“ wollen über 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung wissen, woher die Parteien ihre finanziellen Mittel haben. Es ist also richtig, dass hier mit einer Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes Transparenz geschaffen wird.